

Heise, Arne

Working Paper

Finanz- und Steuerpolitik nach der Krise - sind die Weichen richtig gestellt?

Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, No. 35

Provided in Cooperation with:

University of Hamburg, Department of Socioeconomics

Suggested Citation: Heise, Arne (2010) : Finanz- und Steuerpolitik nach der Krise - sind die Weichen richtig gestellt?, Arbeitspapiere für Staatswissenschaft, No. 35, Universität Hamburg, Fachbereich Sozialökonomie, Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41340>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Nr. 35

**Finanz- und Steuerpolitik nach der Krise – sind
die Weichen richtig gestellt?**

Arne Heise

Januar 2010

ISSN: 1613-7000

Die Arbeitspapiere für STAATSWISSENSCHAFT/ Working Papers on ECONOMIC GOVERNANCE werden in unregelmäßiger Folge von der Professur Finanzwissenschaft/ Public Governance am Fachbereich Sozialökonomie der UNIVERSITÄT HAMBURG ausschließlich in elektronischer Form herausgegeben:

Prof. Dr. Arne Heise
Universität Hamburg
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
FB Sozialökonomie
Von-Melle-Park 9

D-20146 Hamburg

Tel.: -49 40 42838 2209

e-mail: Arne.Heise@wiso.uni-hamburg.de

Das Verzeichnis aller Arbeitspapiere und anderer Veröffentlichungen/ List of all working papers and other publications:

<http://www.wiso.uni-hamburg.de/index.php?id=5147>

Zitierweise:

Autor (Jahr), Titel, *Arbeitspapiere für Staatswissenschaften* Nr. X, FB Sozialökonomie der Universität Hamburg

Citation:

Author (Year), Title, *Working Papers on Economic Governance* No. X, Department of Socioeconomics at Hamburg University

Finanz- und Steuerpolitik nach der Krise – sind die Weichen richtig gestellt?*

1. Die Finanzkrise...

Nach mittlerweile 3 Quartalen positiven Wachstums scheint die tiefste Depression in der Geschichte der Bundesrepublik überstanden zu sein¹. Ob sich die konjunkturelle Stabilisierung allerdings zu einem tragfähigen, kräftigen Aufschwung entwickelt oder aber in eine Phase der wirtschaftlichen Stagnation übergeht, wie sie Japan über weite Teile der 1990er Jahre erlebte, wird wesentlich davon abhängen, ob einerseits noch weitere – zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht absehbare – Belastungen in den internationalen Finanzmärkten schlummern und andererseits wie die Geld- und die Steuer- und Finanzpolitik sich fortan entwickeln. In den folgenden Ausführungen soll es nur um letzteres – die Steuer- und Finanzpolitik der Bundesrepublik – gehen, zunächst aber muss ein Blick auf die zurückliegende Krise und ihre Auswirkungen geworfen werden.

Mehrere Jahre hinweg betrieben vor allem amerikanische Banken ein höchst gefährliches Spiel: Angetrieben durch enormen Gewinnerwartungsdruck und Managementvergütungssysteme, die kurzfristige Geschäftsentwicklung, nicht aber langfristige Performanz belohnten, ließen sie jegliche Vorsicht bei der Finanzierung von Immobilienkäufen fahren und ermöglichen so genannte ‚Ponzi-Finanzierungen‘², die irgendwann zusammenbrechen müssen: Sie finanzierten Kreditgeschäfte, die weder die substantielle Rückzahlung und noch nicht einmal die Zinszahlungen der Schuldner im so

* Hierbei handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Grundsatzreferates, das der Autor im Rahmen der Tagung ‚Für eine sozial gerechte Krisenbewältigung‘ des Sozialverbands Deutschland am 19. Januar 2010 in der Universität Hamburg gehalten hat.

¹ Diese Einschätzung sollte nicht zu optimistisch klingen: Selbstverständlich gilt diese generelle Aussage keineswegs für alle Branchen. Und auch die über die letzten Quartale bereits wieder nachlassende Dynamik stimmt nicht allzu optimistisch.

² Der Begriff ‚Ponzi-Finanzierung‘ geht auf den Keynesianer Hyman P. Minsky (1986) zurück, der lange vor den Finanzkrisen der letzten beiden Jahrzehnte auf die immanente Instabilität des Kapitalismus verwiesen hatte.

genannten Subprime-Segment in Aussicht stellten, sondern reinweg auf die Wertsteigerung des als Sicherung angebotenen Vermögensgegenstandes – die Immobilie – setzte. Eine solche Finanzierung geht gut, solange die Wertsteigerung anhält, und geht in die Hose, sobald die Immobilienpreise fallen – was ab 2007 massiv geschah.

Die Risiken, die in einer solchen Finanzierung steckten, konnten gar nicht richtig eingeschätzt werden³, dennoch wurde sie, indem die Kreditgeschäfte ‚verbriefte‘ und mit einem Gütesiegel von Rating-Agenturen als ‚unbedenklich‘ versehen waren, zu völlig unangemessener Risikoprämierung erfolgreich und profitabel weiterverkauft und über die internationalen Finanzmärkte global verteilt. Als sich mit dem Verfall der Immobilienpreise die Uneinbringlichkeit vieler dieser Forderungen und damit die Wertlosigkeit der Wertpapiere zeigte, war es auch schon zu spät. Zahlreiche Finanzintermediäre gerieten deshalb zunächst in Solvenzprobleme, etwas später - mit der Schwierigkeit der kurzfristigen Refinanzierung- in höchste und akute Liquiditätsprobleme⁴: Hätten nicht die Regierungen weltweit zunächst die Einlagen der Banken garantiert und dann auch noch in historisch nie dagewesener Weise über Bankenrettungsprogramme und direkte Bankenverstaatlichungen mutig und beherrscht eingegriffen – sich mithin so ganz anders verhalten, als es die neoliberalen Staatskritiker immer verlangen -, dann wären die internationalen Finanzmärkte unweigerlich zusammengebrochen. Hieran – die Dimension des Geschehens in den Jahren 2008/2009 – soll an dieser Stelle ebenso erinnert werden wie an die sich anschließenden realwirtschaftlichen Auswirkungen: Mit der massiven Einschränkung der Kreditvergabebereitschaft der Banken, dem Zusammenbruch des Geschäftsvertrauens und der sofortigen Erhöhung des Vorsorgesparens bzw. der direkten Reduktion des Konsums brach nun auch die Konjunktur weltweit zusammen.

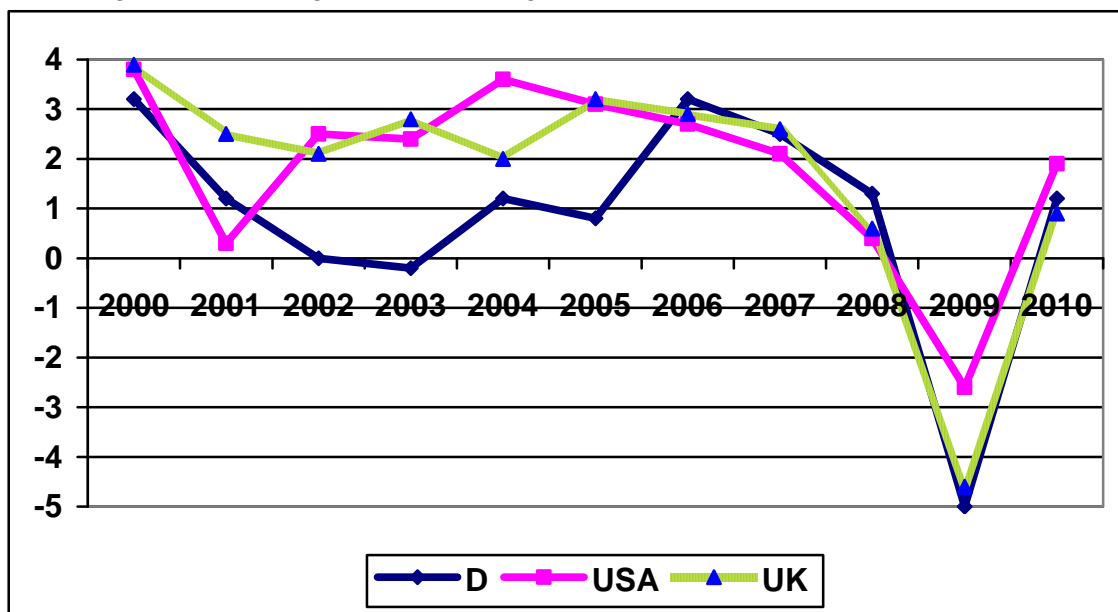
³ Hiermit soll auf die Unmöglichkeit verwiesen werden, eine stochastische Risikoeinschätzung zu formulieren, wie es – bis zur Finanzmarktkrise weitgehend unhinterfragt – die Mainstream-Ökonomie mit ihrem Postulat der Volkswirtschaft als ‚geschlossenen Systems‘ nicht nur behauptete, sondern auch noch auf Grundlage zweifelhafter Annahmen die Berechnungsmodelle (z.B. das Merton-Black-Scholes-Modell) lieferte; vgl. Heise (2009).

⁴ Solvenzprobleme verweisen auf die langfristigen Rentabilitätsprobleme eines Geschäftsmodells, Liquiditätsprobleme hingegen beschreiben die Schwierigkeit, kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen mithilfe von liquiden Mitteln nachzukommen – unabhängig von der langfristigen Profitabilität eines Geschäftsmodells.

2. ... und die Krise der Finanzen

In Abb. 1 ist die konjunkturelle Entwicklungen in Deutschland im Vergleich zu den USA und Großbritannien dargestellt – Deutschland hatte gerade seine Schwächephase nach der weltweiten Rezession 2001/2002 überwunden und zu den Wachstumsraten der USA und Großbritannien aufgeschlossen, als die Finanzmarktkrise zuschlug: Mit einem Rückgang des BIP von 5,0% im Jahr 2009 ist die Depression zwar etwas weniger dramatisch ausgefallen als zwischenzeitlich befürchtet, aber natürlich historisch immer noch einmalig in der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte und auch fast doppelt so hoch wie im ‚Mutterland‘ der Krise – den USA. Großbritannien, dass aufgrund der zentralen Stellung der ‚City of London‘ und der Größe des Finanzsektors des Landes überproportional von der Krise getroffen wurde, zeigt allerdings ein vergleichbares Konjunkturmuster.

Abbildung 1: Entwicklung des BIP in ausgewählten Ländern



Quelle: Ameco Datenbank; 2009 + 2010 geschätzt

Dieser konjunkturelle Einbruch kann natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte bleiben, schließlich sinken die Einnahmen und steigen die Ausgaben mit der konjunkturellen Entwicklung – es wirken also die so genannten ‚automatischen Stabilisatoren‘, ohne welche die konjunkturellen Ausschläge noch ausgeprägter ausfallen würden.

Tabelle 1: Mehrausgaben und Mindereinnahmen in Mrd. € (Veränderung gegenüber Vorjahr)

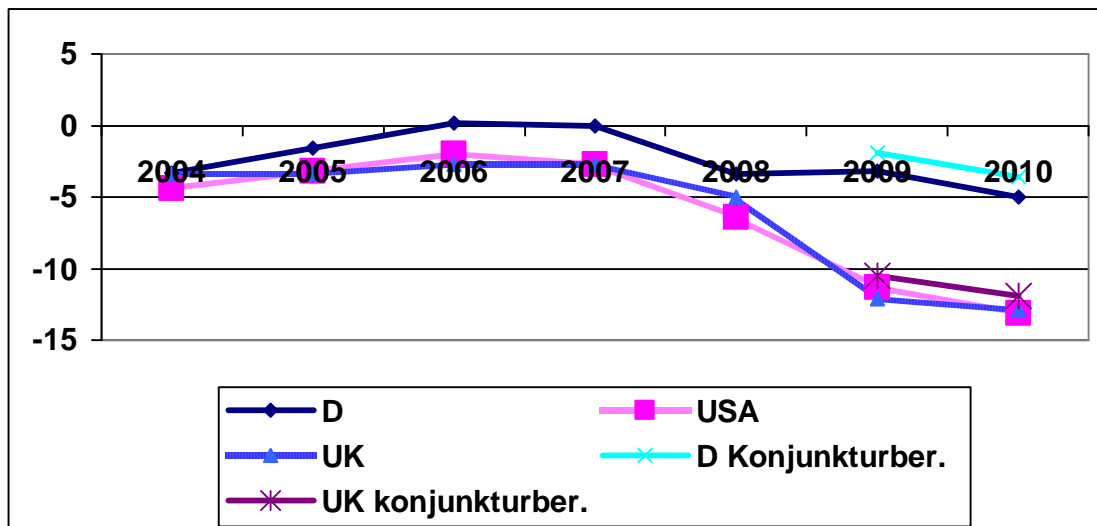
	2008	2009	2010
Ausgaben	282,3	303,2 (+ 20,9)	327,7 (+24,5)
Einnahmen	270,7	255,7 (- 15,0)	241,6 (- 14,1)
Defizit	11,5	47,5 (+ 35,9)	86,1 (+ 38,6)

Quelle: Bundeshaushalt 2010
 (www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2009/pdf/vsp_2.pdf)

Tab. 1 macht das Ausmaß der Auswirkungen auf den Bundeshaushalt deutlich: die Einnahmen sanken 2009 um etwa 15 Mrd. € und werden nach Schätzungen in diesem Jahr noch einmal um 14,1 Mrd. € sinken, während gleichzeitig die Ausgaben 2009 um fast 21 Mrd. € und 2010 wahrscheinlich um etwa 24,5 Mrd. € steigen. Das – zugegebenermaßen sehr niedrige – Defizit von 2008 wird sich damit 2010 fast verachtfachen!

Neben den ‚automatischen Stabilisatoren‘ spielen aber auch diskretionäre, also bewusst als Reaktion auf die Krise ausgewählte Maßnahmen, eine Rolle: Inanspruchnahmen von Bankenrettungsprogramme etwa und Konjunkturprogramme, die weltweit aufgelegt wurden.

Abbildung 2: Entwicklung des Haushaltsdefizits



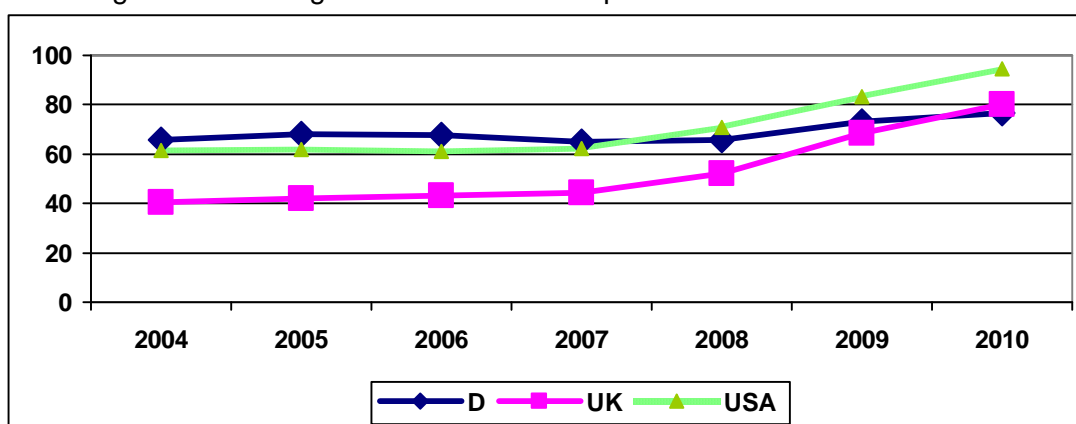
Quelle: Ameco Datenbank

In Abb. 2 wird die deutsche Haushaltsentwicklung wieder im Vergleich zur Entwicklung in den USA und Großbritannien dargestellt. Wir sehen, dass Deutschland seinen restriktiven Kurs, den es ab 2005 eingeschlagen hatte, zumindest in Relation zu den USA und Großbritannien auch in der Krise keineswegs aufgeben hat: Während dort die Nettoneuverschuldung auf zweistellige Größen (11 – 12% des BIP) steigt, verbleibt das

Defizit auch in der größten Depression in der bundesdeutschen Geschichte bei moderaten 3 – 5%.

Wer glaubt, diese relative Zurückhaltung der öffentlichen Haushaltspolitik in Deutschland liege darin begründet, dass die Schuldenstände – also die Verschuldung der Vergangenheit – in den USA und Großbritannien eben niedriger lägen und deshalb dort mehr finanzielle Spielräume bestünden, die jetzt in der Krise genutzt werden könnten, sieht sich getäuscht: In Abb. 3 zeigt sich, dass zwar die Schuldenstandsquote in Großbritannien – nach über einer Dekade überdurchschnittlicher Wachstumsperformanz – zu Beginn der Krise unter der deutschen Schuldenstandsquote lag, dies hat sich aber schon 2009 fast wieder ausgeglichen und ab 2010 dürfte die britische Schuldenstandsquote dann über der deutschen liegen. Und die Schuldenstandsquote der USA war bereits zu Beginn der Krise mit der deutschen vergleichbar und wird 2010 deutlich über der deutschen Schuldenstandsquote liegen.

Abbildung 3: Entwicklung der Schuldenstandsquote



Quelle: Ameco Datenbank

3. Krisenreaktionen der alten Bundesregierung

Abbildung 2 zeigt auch, dass der Großteil der Neuverschuldung in Deutschland durch die ‚automatischen Stabilisatoren‘ bedingt ist. Das deutsche Konjunkturprogramm – bekannt als ‚Konjunkturpaket I und II‘ in Höhe von etwa 25 Mrd. € 2009 und 35 Mrd. € 2010 – macht nur etwa die Hälfte der Mehrausgaben und Mindereinnahmen aus. In Großbritannien (und den USA; hier nicht dargestellt mangels Daten) hingegen ist der Anteil und das absolute Ausmaß der diskretionären Maßnahmen deutlich höher.

Dieser Sachverhalt wird untermauert durch die Angaben in Tab. 2 und 3: Während die USA die Realwirtschaft („Schutzschirm für Arbeit“) mit Maßnahmen in Höhe von 5,5% des BIP unterstützte, fielen die Konjunkturprogramme in Deutschland und Großbritannien viel bescheidener aus.

Tabelle 2: Internationale Konjunkturprogramme

Land	Volumen in % des BIP (2008 – 2010)
USA	5,5
D	2,8
UK	1,3

Quelle: Khatiwada (2009)

Tabelle 3: Internationale Bankenrettungsprogramme

Land	Volumen in % des BIP
UK	54,0
D	28,1
USA	22,3

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Pfeiffer (2009)

Dafür ist der Bankenschutzschirm in Großbritannien extrem ausgeprägt – was einerseits mit der überproportionalen Bedeutung des Finanzsektors für die britische Ökonomie zu tun hat, andererseits aber auch nicht die tatsächliche Belastung der öffentlichen Haushalte wiedergibt, denn die Maßnahmen der Bankenrettungsprogramme sind – national in sehr unterschiedlichem Ausmaß – nur teilweise haushaltswirksam geworden.

Insgesamt kann man sagen, dass die USA mit ihrer Bereitschaft, der Realwirtschaft den größten Push zu geben, zumindest dazu beigetragen haben, dass die Depression im ‚Mutterland‘ der Krise deutlich milder ausfällt als in Deutschland und Großbritannien. Zwar führt dies kurzfristig zu einem hohen Anstieg der Verschuldung in den USA – ob dieser aber geringer gewesen wäre, wenn die Realwirtschaft ohne konjunkturelle Unterstützung deutlich stärker abgestürzt wäre, ist zumindest höchst fraglich.⁵

⁵ Dies hängt natürlich von den Multiplikatoreffekten – also dem Einfluss der Konjunkturprogramme auf das Wirtschaftswachstum – ab. Je größer der investive Anteil der Maßnahmen eines Konjunkturpaktes, desto höher der Multiplikatoreffekt und desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass die Schuldenstandsquote – gegenüber dem hypothetischen Referenzszenario ohne Konjunkturprogramme – nicht ansteigen wird. Nur wenn man die Multiplikatoreffekte bestreitet, was

Tabelle 4: Das Konjunkturprogramm der Großen Koalition; in Mrd. € (Anteil in %)

Maßnahmen	2009	2010
Investiv		
- Verkehrsinvestitionen	1,0	1,0
- Regionale Wirtschaftsförderung	0,2	0,1
- KfW-Programme	0,1	0,3
- Zukunftsinvestitionen öffentliche Hand	4,0	11,0
Gesamt	5,3 (20%)	12,4 (35%)
Konsumtiv		
- KfZ-Steuerbefreiung	0,4	1,0
- Steuerliche Förderungen von Handwerksleistungen	-	0,1
- Degressive AfA 25%	1,9	4,3
- Sonderabschreibungen KMU	0,2	0,4
- BfA	0,3	0,5
- Innovationsförderung	0,5	0,5
- Stärkung PKW-Nachfrage	5,0	-
- Neureglung KfZ-Steuer	0,1	0,2
- Forschung ‚Mobilität‘	0,3	0,3
- Beschäftigungssicherung	3,0	4,0
- Senkung Einkommenssteuer	3,1	5,6
- Beiträge zur GKV	3,0	6,0
- Familienleistungen	2,0	0,3
Gesamt	19,8 (80%)	23,2 (65%)
Gesamt	25,1	35,6

Quelle: Horn et al. (2010)

Großbritannien musste besondere Anstrengungen unternehmen, um den Finanzsektor zu stabilisieren und hat dabei ebenso wie die Bundesrepublik die Realwirtschaft relativ vernachlässigt – mit der Folge, dass die Depression ebenso tief war wie in der besonders außenwirtschaftsabhängigen Bundesrepublik. Deutschland schließlich hat grundsätzlich richtig, im Vergleich mit den USA aber wohl zu verhalten reagiert. Das Konjunkturprogramm (s. Tab. 4) hatte jene Größenordnung, die kritische Ökonomen unter weitgehend normalen Konjunkturbedingungen zur Stärkung der seit Jahrzehnten lahmen Binnennachfrage ohnedies verlangten (vgl. z.B. Heise 1996, Heise 2004 und die jährlichen Memoranden der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik), hätte aber zur Bekämpfung der Depression und

nur noch wirklich hart gesottene Mainstream-Vertreter wie Robert Barro (2010) tun, führen Konjunkturprogramme notwendigerweise zu einer Erhöhung der Schuldenstandsquote.

zur schnellstmöglichen Rückführung auf einen adäquaten Wachstumspfad wesentlich beherzter, soll heißen: etwa doppelt so groß, ausfallen müssen.

Auch ist der investive Anteil – vor dem Hintergrund höherer Multiplikator- und Selbstfinanzierungseffekte gegenüber konsumtiven Ausgaben und dem Tiefstand von öffentlichen Investitionen in Deutschland im historischen und internationalen Vergleich – der Konjunkturprogramme viel zu gering. Hier stimmt immerhin die Richtung mit einem Anstieg des investiven Anteils von 20 im Jahr 2009 auf 35% des Konjunkturprogramms in 2010. Die hohen Ausgaben für direkte Beschäftigungssicherungsmaßnahmen – Mehrkosten durch die Finanzierung von Kurzarbeit – hat zwar dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland bislang nur wenig angestiegen ist (vgl. Bach/Spitznagel 2009; Bogedan et al. 2009), wird aber nur gut angelegt gewesen sein, wenn die Konjunktur bald stark anzieht und damit die ‚Vorratshaltung‘ von Arbeitskräften belohnt – ansonsten droht die Entlassungswelle lediglich mit zeitlicher Verzögerung.

4. Die Steuer- und Finanzpolitik der neuen Bundesregierung

Die große Koalition hat also im Grundsatz richtig gehandelt: Sie hat den Finanzsektor stabilisiert und die Realwirtschaft gestützt – da dies alles unter den Bedingungen der Unsicherheit über den tatsächlichen Verlauf der Krise geschehen musste, ist auch das zu geringe Ausmaß der Krisenmaßnahmen entschuldbar – allerdings müssen nun, nachdem wir mehr Informationen über die Krisenentwicklung haben, adäquate Maßnahmen ergriffen werden: In einem europäisch abgestimmten Programm müssen die öffentlichen Investitionen noch einmal massiv und dauerhaft um mindestens 20 – 30 Mrd. € pro Jahr angehoben werden. Zusätzlich sind, weitere Ausführungen würde aber den Rahmen an dieser Stelle sprengen (vgl. dazu Heise 2001; Pusch 2009), institutionelle Vorkehrungen zu treffen, um die Finanz- mit der Geld- und der Lohnpolitik europaweit im Rahmen des Europäischen Makrodialogs (EMD) zu koordinieren und somit dazu beizutragen, einen Konflikt der makroökonomischen Akteure zu verhindern. Dies setzt gewiss Einsichtsfähigkeit, Handlungsbereitschaft und einige visionäre Kraft aller Akteure voraus – aber der Abgrund des ‚Big Crash‘ sollte eigentlich nahe genug gewesen sein, um Handlungsänderungen ausgelöst zu haben. Außerdem sollte die Bereitschaft gestiegen sein, wissenschaftliche Studien zur Kenntnis zu nehmen, die den Erfolg (post-)keynesianischer Finanzpolitik nachweisen (vgl. Heise 2002; Heise 2008): Großbritannien hat sowohl in den 1980er als

auch den 1990er Jahren gezeigt, dass (defizitfinanziertes) Wachstum allein in der Lage ist, nachhaltig die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren – ein Heraussparen aus hoher Verschuldung ist in ‚sozialen Demokratien‘ unmöglich.

Zwischenzeitlich haben die Bürger allerdings eine neue Bundesregierung gewählt und mitten in der Krise einer Partei die Regierungsgeschäfte (anteilig) übergeben, die für eine Rückführung staatlicher Eingriffe im Allgemeinen und Steuersenkungen im Besonderen steht und deshalb zumindest für die gegenwärtige Krisensituation gänzlich ungeeignet erscheint: die FDP. Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz der neuen Bundesregierung (WBG) trägt dieser Skepsis leider vollkommen Rechnung: Es ist mit einer Größenordnung zwischen 6 – 8 Mrd. € pro Jahr völlig unterdimensioniert, fast ausschließlich konsumtiv ausgerichtet (vgl. Tab. 4) und trägt in vielen Punkten – bei der Korrektur der jüngsten Erbschaftssteuerreform, der Unternehmenssteuerreform und der Senkung des Mehrwertsteuersatzes für das Hotelgewerbe – eindeutig Klientelpolitikcharakter.⁶

Tabelle 4: Wachstumsbeschleunigungsgesetz

Maßnahmen	Art	In Mio € (% des BIP)
Ausgabenerhöhungen		
- Kindergeld	Konsumtiv	4,3
Steuersenkungen		
- Korrektur Unternehmenssteuerreform	Investiv	0,7
- Korrektur Erbschaftssteuerreform	Konsumtiv	0,3
- Umsatzsteuersenkung Hotelgewerbe	Überwiegend konsumtiv	0,8
Gesamt		6,1 (0,2)

Quelle: Horn et al. (2010)

Bei einem Anteil von über 85% der konsumtiven Maßnahmen dürften die multiplikativen Wachstums- und Selbstfinanzierungseffekte des WBG äußerst gering sein⁷ – was letztlich nicht nur bedeutet, dass hiervon keine weitere Belebung der Konjunktur zu erwarten ist, sondern auch, dass die Kosten des WBG zur weiteren Verschuldung der öffentlichen Haushalte beitragen werden – auf den Bundeshaushalt entfallen 40% der Kosten des WBG,

⁶ Um diese zu konstatieren bedurfte es übrigens nicht des Hotel-Spendenskandals.

⁷ Nach Berechnungen des IMK, die durchaus realistisch erscheinen, liegt der Selbstfinanzierungseffekt allenfalls bei 20%; vgl. HBS (2009).

auf die Länderhaushalte etwa 45% und 15% müssen die Gemeinden und Kommunen tragen, die im Entscheidungsprozess keine Stimme hatten. Aus dieser Perspektive erscheint die geringe Dimensionierung des WBG immerhin als Glück, das allerdings jenen Gebietskörperschaften wenig hilft, die bereits heute die auf sie zukommenden finanziellen Belastungen kaum noch tragen können: vor allem jene Bundesländer, die vor dem Bundesverfassungsgericht auf Anerkennung ihrer Haushaltsnotlage klagen, aber auch Gemeinden und Kommunen, die durch gesetzliche Bestimmungen (z.B. den Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz ab 2011) bereits absehbar weitere Belastungen erfahren werden, selbst aber keine Verschuldungsmöglichkeiten haben. Schließlich trifft eine Haushaltspolitik, die nicht das Wachstum, wohl aber die Schulden erhöht, alle Gebietskörperschaften, denn es erhöht den Druck zur Haushaltskonsolidierung durch die jüngst beschlossene ‚Schuldenbremse‘ des Grundgesetzes⁸ nur noch mehr.

Schauen wir exemplarisch die Freie und Hansestadt Hamburg an: Sie beispielsweise muss mit krisenbedingten Steuerausfällen von gut 2 Mrd. € im Jahr 2010 rechnen – da scheinen die 70 Millionen €, die das WBG das Land Hamburg kostet, nicht allzu schwer ins Gewicht zu fallen. Allerdings entsprechen diese 70 Mio. € etwa 25% der auf Hamburg entfallenden Mittel der Konjunkturpakete I und II⁹, deren ansonsten positive Wirkungen entsprechend geschmälert werden (vgl. Prognos 2009). Oder die Mittel für Kinderbetreuung im Lande Hamburg könnten um fast 20% aufgestockt werden, würden diese 70 Mio. € nicht fehlen.

5. Sind die Weichen richtig gestellt – ein Fazit

Ohne beherzte staatliche Rettungsprogramme – für das Finanzsystem ebenso wie für die Realwirtschaft – wären die Volkswirtschaften rund um den Globus 2009 gegen die Wand gefahren. Wenngleich dies mancher Kapitalismuskritiker eh als unausweichlich ansieht und folglich der verpassten Chance nachtrauern mag, erscheint mir der Ausweis staatlicher Handlungsmacht durchaus segensreich: die volkswirtschaftlichen und sozialen Kosten eines Crashes wären nach meiner Auffassung zu hoch gewesen – politische Veränderungen

⁸ Hiernach muss die (strukturelle, konjunkturbereinigte) Netto-Neuverschuldung der Gebietskörperschaften auf 0,35% des BIP ab 2016 (Bund) bzw. 2020 (Länder) beschränkt werden.

⁹ Hierbei sind nur die Mittel des Bundes berechnet, nicht die Hamburger Komplementärmittel, bei denen es zweifelhaft ist, ob sie wirklich zusätzlich zur Verfügung gestellt werden oder nur umgewidmet bzw. allenfalls vorgezogen werden.

unseres Gemeinwesens sollten inkrementaler und planvoller verlaufen.

Die Weichenstellung der großen Koalition war also zunächst einmal richtig, aber ist jetzt auch dafür gesorgt, dass der Zug in die richtige Richtung fährt und nicht auf ein Abstellgleis rollt? Die Richtung des Zuges wird von den Fahrgästen gewählt, für die Geschwindigkeit aber ist der Lokführer zuständig. Die Wähler haben sich im Herbst 2009 für eine Richtung entschieden, die jedenfalls nicht als kapitalismuskritische ‚Systemalternative‘ gedeutet werden kann. Andererseits haben die gewählten Lokführer versprochen, den Zug schnell wieder in Fahrt zu bringen (vgl. FDP 2009; CDU/CSU 2009). Letzteres kommt folgerichtig in der Bezeichnung ‚Wachstumsbeschleunigungsgesetz‘ zum Ausdruck. Die Analyse hat gezeigt, dass es sich hierbei um eine Vernebelung Orwell’schen Ausmaßes handelt. Es gibt wenig seriösen Zweifel daran, dass dieses Gesetz wirtschafts- und finanzpolitisch dysfunktional wirkt. Selten waren die Klientelinteressen hinter einer politischen Maßnahme so unverhohlen zu erkennen wie hinter dem WBG. Und der im Koalitionsvertrag kryptisch festgelegte Fahrplan zu weiteren massiven Steuersenkungen lässt vermuten, dass das WBG erst der Anfang war. Das all dies in einer Situation passiert, in der die wirtschaftliche Entwicklung so fragil ist wie nie zuvor in den letzten 80 Jahren, zeugt nicht nur von der Abgehobenheit der Politik, sondern wird den Glauben an die Funktionsfähigkeit des politischen Systems weiter untergraben.

Literaturliste

- Bach, H.-U., Spitznagel, E.; Kurzarbeit: Betriebe zahlen mit – und haben was davon; IAB Kurzbericht, Nr. 17, Nürnberg 2009
- Barro, R.; Politisch verantwortungslos – Gespräch mit Robert Barro; in: Wirtschaftswoche Nr. 3, 2010, S. 34 - 35
- Bodegan, C. et al.; Betriebliche Beschäftigungssicherung in der Krise; WSI-Aktuell Nr.1, Düsseldorf 2009
- CDU/CSU; Wir haben die Kraft. Gemeinsam für unser Land, Berlin 2009
- FDP; Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei, Berlin 2009
- Heise, A.; Arbeit für alle – Vision oder Illusion?, Marburg 1996
- Heise, A.; New Politics, Münster 2001
- Heise, A.; Optimal Public Debts, Sustainable Deficits, and Budgetary Consolidation; in: Empirica – Journal of Applied Economics and Economic Policy, Vol. 29, No.4, 2002, S. 319 - 337
- Heise, A.; Optimale Verschuldung, Konsolidierungstrajektorien und Makroeffekte; in: Hein, E., Heise, A., Truger, A. (Hrsg.); Finanzpolitik in der Kontroverse, Marburg 2004, S. 127 – 146
- Heise, A.; Economic Governance and Employment. Policy, Polity and Politics of Economic Rise and Decline, Münster 2008
- Heise, A.; Toxische Wissenschaft – Zur Verantwortung der Ökonomen für die gegenwärtige Krise; in: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 89, H. 12, 2009, S. 842 - 848
- Horn, G.A. et al.; Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2010; IMK Report Nr. 46, Düsseldorf 2010
- Khawitwada, S.; Stimulus Packages to Counter Global Economic Crisis: A review, International Institute for Labour Studies Working Paper No. 196, Genf 2009
- Minsky, H.P.; Stabilizing an Unstable Economy, New Haven 1986

Pfeiffer, H.; Der Staat in der Krise; in: Z-Marxistische Erneuerung, Nr. 80, 2009, S. 7 – 28

Prognos; Ökonomische Wirkungseffekte der ‚Konjunkturoffensive Hamburg‘,
Hamburg/Bremen/Berlin 2009

Bisher erschienene Arbeitspapiere

No. 1 Arne Heise: EMU, Coordinanted Macroeconomic Policies and a Boost to Employment in the European Union, September 2002

Nr. 2 Arne Heise: Makroökonomisches Economic Governance: Makro-Dialoge auf nationaler und EU-Ebene, Februar 2002

Nr. 3 Arne Heise: Das Ende der Sozialdemokratie? Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung, Mai 2003

Nr. 4 Arne Heise: Optimale Verschuldung, Konsolidierungstrajektorien und Makroeffekte, Oktober 2003

Nr. 5 Arne Heise: Polit-ökonomische Betrachtung zur Sozialdemokratie. Die Wirtschaftspolitik der ‚Neuen Mitte‘ im Lichte von Public Choice- und Agenda-Theorie, November 2003

Nr. 6 Arvid Kaiser: Finanzielle Selbstbeteiligung in der Gesundheitsversorgung, Dezember 2003

Nr. 7 Arne Heise: Deutsche Finanzpolitik zwischen Wachstum und Konsolidierung, März 2004

Nr. 8 Leonhard Hajen: Steuerung über Preise erfordert Stewardship, April 2004

Nr. 9 Wulf Damkowski/ Anke Rösener: Good Governance auf der lokalen Ebene, Juni 2004

Nr. 10 Anke Rösner/ Wulf Damkowski: Gender Controlling in der Kommunalverwaltung, Juni 2004

No. 11 Arne Heise: The Economic Policies of German ‚Third Wayism‘ in the Light of Agenda Theory, October 2004

Nr. 12 Sybille Raasch: Antidiskriminierungsgesetze: Zum Umsetzungsstand der neuen EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in Deutschland, Dezember 2004

Nr. 13 Leonhard Hajen: Präventionsgesetz im Interessenkonflikt zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung, Dezember 2004

No. 14 Arne Heise: Limitations to Keynesian Demand Management through monetary policy – whither Cartesian policy control, December 2004

Nr. 15 Norman Paech: Die europäische Verfassung – Ein Schritt zur Demokratisierung der EU?, April 2005

No. 16 Arne Heise: Political Economy of Meritocracy, July 2005

Nr. 17 Arne Heise: Konzentration auf das Kerngeschäft – Anforderungen an eine erneuerte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, November 2005

No. 18 Arne Heise: Market constellations and macroeconomic policy-making: institutional impacts on economic performance, February 2006

Nr. 19 Arne Heise: Keynesianismus, Sozialdemokratie und die Determinanten eines Regierungs- und Politikwechsels. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 im Lichte der Agenda-Theorie, August 2006

Nr. 20 Harry Friebel: Wähler-Macht der geburtenstarken Jahrgänge, Oktober 2006

Nr. 21 Arne Heise: Das Ende der neoklassischen Orthodoxie? Wieso ein methodischer Pluralismus gut täte, März 2007

No. 22 Arne Heise: How to create a growth-oriented market constellation for South Africa, March 2007

Nr. 23 Toralf Pusch: Verteilungskampf und geldpolitische Sanktion, April 2007

No.24 Ruth Hoekstra, Cécile Horstmann, Juliane Knabl, Derek Kruse, Sarah Wiedemann: Germanizing Europe? The Evolution of the European Stability and Growth Pact, May 2007

Nr. 25 Holger Brecht-Heitzmann: Das EU-Grünbuch zum Arbeitsrecht. ‚Flexicurity‘ als Patentrezept für das Arbeitsrecht in der Europäischen Union?, Mai 2007

Nr. 26 Martina Kliewe: Die Entwicklung der Corporate Finance Strukturen deutscher Unternehmen und deren Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen. Juli 2007

Nr. 27 Arne Heise: Erlebt Deutschland ein neues Wirtschaftswunder? Betrachtungen auf Grundlage der postkeynesianischen Marktkonstellationsforschung, Januar 2008

Nr. 28 Arne Heise: A Post Keynesian Theory of Economic Policy – Filling a Void, March 2008

Nr. 29 Toralf Pusch: EZB contra Gewerkschaften? Mit Reputationsaufbau zur Vollbeschäftigung in Europa? März 2008

Nr. 30 Burak Öztoprak: Ausgestaltung der zukünftigen Hochschulfinanzierung unter allokativen und distributiven Gesichtspunkten

Nr. 31 Arne Heise/Toralf Pusch: Central Banks, Trade Union and Reputation – Is there Room for an expansionist manoeuvre in the EU?, September 2008

Nr. 32 Arne Heise: Theorie und Politik der Depression – Zur Verantwortlichkeit der Ökonomen, September 2009

Nr. 33 Alper Duman/Arne Heise: Growth Engines of the South? South Africa's, Brazil's and Turkey's market constellation in comparison, September 2009

Nr. 34 Arne Heise: Das Ende der SPDund ihr Neubeginn?, Januar 2010